

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktion der CDU

zu dem Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/2897 –

Jugendpolitik mit Zukunft – Interessen junger Menschen ernst nehmen

Jugendpolitik bekommt in Zeiten des demografischen Wandels eine völlig neue Bedeutung. Aufgrund der kleiner werdenden Altersjahrgänge werden die wichtigen Aufgaben und Leistungen junger Menschen für unser Land sichtbarer. Deshalb muss eine umfassende und ganzheitliche Jugendpolitik ein stärkeres Gewicht in der Landespolitik erlangen.

Jugendpolitik kann jedoch nicht losgelöst von der Familie gesehen werden. Junge Menschen leben zumeist noch in ihrer Familie oder sind noch in hohem Maße auf elterliche Unterstützung angewiesen. Das bedeutet, dass das familiäre Klima, die elterliche Erziehung und die finanzielle Situation der Familie entscheidend die Entwicklung des Jugendalters bestimmt. Daher ist eine funktionierende Familienpolitik, die Familienarbeit wertschätzt, Familienarmut vermeidet, das Familienleben durch eine kluge Zeitpolitik und durch familiäre Beratungsangebote fördert, die Voraussetzung für eine gelingende Jugendpolitik.

Das Jugendalter ist jedoch auch ganz entscheidend von Emanzipation und Selbstfindung geprägt. Es beginnen sich Möglichkeiten und Wege der eigenständigen Lebensführung aufzuzeigen. Diese Entwicklung gilt es als Familie aber auch als verantwortliche Jugendpolitik zu unterstützen und zu begleiten. Insbesondere die freien Träger der Jugendarbeit, die konfessionellen Jugendverbände, die Jugendfeuerwehr, die Musik- und Sportvereine wie auch die politischen Jugendorganisationen bieten wichtige Räume, um Beteiligung, Selbstfindung und Selbstwirksamkeit zu verwirklichen. Die kommunal verantwortete Jugendarbeit bereichert diese Angebote zusätzlich. In vielen Jugendparlamenten gestalten Jugendliche ihre Gemeinde durch Anregungen und konkrete Vorschläge mit. Es gibt aber auch viele hundert junge Bürgerinnen und Bürger, die ihre Sichtweise direkt in den kommunalen Räten einbringen. Dieses kommunalpolitische Engagement gilt es weiter zu unterstützen und zu fördern.

Jugendpolitik ist ganz entscheidend von den Rahmenbedingungen Zeit und Mobilität abhängig. Die zunehmende Teilnahme an der Ganztagschule macht es für Jugendorganisationen und -verbände bereits immer schwerer, im Kindesalter um neue Mitglieder zu werben. Insbesondere im Bereich des Sports und der Musik wird es daher immer schwieriger, eine kontinuierliche Förderung, die bereits im Kindesalter beginnen muss, sich im Jugendalter fortsetzt und stabilisiert, anzubieten. Die möglichen Übungszeiten schrumpfen aufgrund der verpflichtenden Betreuungs- und Unterrichtszeiten der Ganztagschule sowie eines zunehmend verschulerten Studiums.

Das Bündnis „Bildung braucht Freiräume“, an dem sich auch der Landesjugendring beteiligt, sieht diese sich zuspitzende Situation ebenfalls:

„Dies hat insgesamt dazu geführt, dass junge Menschen auch in Rheinland-Pfalz deutlich weniger Zeit für selbstbestimmte Tätigkeiten und ehrenamtliches Engagement haben. Dies schadet einer umfassenden Bildung junger Menschen, da soziale Kompetenzen, wie inzwischen zahlreiche Studien belegen, vor allem in außerschulischen Lernorten – wie z. B. Institutionen der ehrenamtlichen Interessenvertretung und der Jugend- und der Jugendverbandsarbeit – erworben werden.“

Das Bündnis setzt sich daher unter anderem für eine Flexibilisierung der Ganztagschule ein, um ehrenamtliches Engagement und freie Jugendarbeit zu stärken.

Auch das Thema Mobilität ist für junge Menschen entscheidend, um Angebote wahrnehmen zu können und eigene Ideen umzusetzen. Gerade in ländlichen Regionen sind daher neue Impulse gefragt, um den öffentlichen Nahverkehr flexibel, nachfrageorientiert und bezahlbar zu gestalten.

Jungen Menschen geht es vor allem um die Gestaltung der Zukunft – ihrer eigenen aber auch die der Gesellschaft. Daher ist es von großer Bedeutung, dass sie in ihrer Region positiv in die Zukunft blicken können. Das geht nur mit Schulabschlüssen, die auch halten, was sie versprechen, einer Wissenschaftspolitik, die jungen innovativen Menschen Potenziale bietet, einer breit aufgestellten mittelständischen Wirtschaftsstruktur mit Zukunft und einer Regionalpolitik, die auch in Zeiten des demografischen Wandels ländlichen Regionen eine Perspektive bietet, statt beispielsweise kleine Schulen zu schließen. Denn wenn vor Ort weder eine berufliche noch eine sozialräumliche Perspektive auszumachen ist, wenden sich junge Menschen ab. Daher muss eine umfassende Jugendpolitik gerade für die kommenden Jahre die Möglichkeiten der ländlich strukturieren Regionen ins Auge fassen, damit der demografische Wandel nicht zu einem eingeschränkten Blickwinkel allein auf die urbanen Regionen führt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Arbeit der Jugendverbände und -organisationen angemessen Wert zu schätzen sowie organisatorisch und finanziell zu unterstützen;
- Kommunen, die ein Jugendparlament unterhalten, durch die Finanzierung einer Stelle FSJ Politik zu unterstützen;
- im Vorfeld der Kommunalwahlen 2019 verstärkt für die Kandidatur junger Menschen zu werben;
- die Zeiten der Ganztagschule in Angebotsform so zu flexibilisieren, dass ehrenamtliches Engagement und Sport weiterhin für junge Menschen möglich bleibt;
- neue Konzepte des öffentlichen Personennahverkehrs stärker als bisher zu fördern, sodass flexible, jugendgerechte Mobilitätskonzepte realisiert werden können;
- die Strukturpolitik in Zeiten des demografischen Wandels verstärkt auf die Bedürfnisse und Perspektiven junger Menschen auszurichten.

Für die Fraktion:
Martin Brandl